

Deutscher Verkehrsband

Erscheint wöchentlich /
Bezugspreis: Vierteljährlich
4,50 M. / Die Einzelnummer
40 Pfennige

Zentralorgan für die Interessen
der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport-
und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin SW 15
Mühlentischplatz 1. / Tel.: F 7,
Jannowitzbrücke 191. Redaktionschluss
3 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 30

Berlin, den 27. Juli 1929

7. Jahrgang

Abgründige Schächte

Herr Schacht folgte als Demokrat einem Reaktionär vom reinsten Wasser auf dem Posten als Reichsbankpräsident. Herr Schacht hat während seiner Präsidentenzeit die alte Wahrheit neu bestätigt, daß ein offener Reaktionär stets besser ist als ein liberal angelegter. Jedermann in Deutschland weiß, woran er mit einem Hugenberg ist, kein Mensch hat eine Ahnung, ob die demokratische Ueberzeugung eines Schacht auch nur einen Millimeter tief unter die Oberhaut geht. Er hat vor dem Deutschen Industrie- und Handelsstag einen Vortrag über die Pariser Konferenz gehalten, der in einer politischen Anklage gegen die Sozialdemokratie und in einem

Angriff auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter

gipfelte. Herr Schacht ist gewissen „Politikern“ der gegebene Anwärter auf die Reichspräsidentenwürde. Um seine Befähigung für dieses Amt darzutun, warf er in Paris die angebliche Forderung Deutschlands auf Rückgabe der (wirklich teuren) ehemaligen deutschen Kolonien in die Debatte. Als wirtschaftlicher Sachverständiger glaubte er außerdem die hochpolitische Ostpreußenfrage in Paris erörtern zu müssen. Wenn der Langsamvereein „feststellte“, daß Paris keine wirtschaftliche, sondern nur eine politische Entscheidung brachte, wofür die Reichs-Organisation die Verantwortung ablehne — es wird auch ohne sie gehen — so darf er sich in erster Linie bei Schacht bedanken, der vielleicht etwas von Wirtschaft, aber nichts von Politik versteht. Gegen Schachts Vorstoß legte der Sozialdemokrat Breitscheid Verwahrung ein und darob spielte Schacht vor dem Deutschen Industrie- und Handelsstag den Geskränkten. Ohne den Tod eines ausländischen Delegationsführers, der eine Pause erzwang, während der die politische Erregung der Gläubigervertreter abkühlte, wäre die Konferenz wahrscheinlich zu Bruch gekommen.

Noch schlimmer machte es Schacht,

nachdem er den Vertretern der Unternehmer die Auswirkung des Young-Planes geschildert hatte. Nach Zeitungsmeldungen führte er aus: „Man kann nicht der großen Masse der deutschen Bevölkerung dauernd kostspielige Lebensannehmlichkeiten versprechen und gleichzeitig dem Ausland Milliardenzahlungen in Aussicht stellen.“ Da Herr Schacht durch seine Unterschrift dem Ausland „Milliardenzahlungen in Aussicht stellte“, rückt er also nur von den Leuten ab, die „der großen Masse der deutschen Bevölkerung“ eine angemessene Lebenshaltung wünscht. Wir sehen davon ab, daß ein Ausländer, der General Dawes, in seinem Reparationsplan bestimmte, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter nicht schlechter sein dürfe, als die der Arbeiter in den Siegerländern, daß also ein Ausländer mehr Interesse an deutschen Arbeitern nahm als der deutsche Reichsbankpräsident; es liegt uns daran, auf die „Feinheit“ der Stillierung der Schächterde aufmerksam zu machen. Herr Schacht spricht nicht von der deutschen Bevölkerung schlechthin, sondern vorsichtig von „der großen Masse“. Wir haben an dieser Stelle einmal den traurigen Mut des Borlig bewundert, der bei seinem Millioneneinkommen gegen den „Weberkonjum“ des Arbeiters weitererte, der im ganzen Jahr nicht sonst für des Leibes Notdurft hat, wie Borlig für seine sommerliche Erholungsreise ausgibt. Schacht hat kein Millioneneinkommen, aber

mit seinem offiziellen Einkommen von gut
300 000 Mark

kann er sich von der „großen Masse“, der „kostspielige Lebensannehmlichkeiten“ nur versprochen wird, sehr gut absondern. Es enthüllt dieser Angriff reicher und schwerreicher „Sachverständiger“ auf die schon kulturell so niedrige Lebenshaltung der Arbeiter eine ungeheure große Portion Frechheit und einen nicht geringen Grad moralischer Minderwertigkeit. Herr Schacht hing der zitterten Ungeheuerlichkeit noch einen Nachsatz an, der unere Bewertung der Schacht und Borligs unterstreicht: „Insbesondere,“ geistreichste der Herr Bankdirektor, „insbesondere fallen solche Annehmlichkeiten weder vom Himmel noch aus der Tasche der Nachbarn, sondern es gilt noch immer die alte biblische Wahrheit, daß sie im Schweiß des Angesichts erarbeitet werden müssen.“

Eher findet sicher ein Rutengänger in der Bün- burger Heide Gold, als der aufmerksame Mensch den Schweitztropfen, den die Bankdirektoren und Industrieherren je bei der Arbeit verloren.

Sie schweigen höchstens unter der Sonne Kaitos oder am Strand des Libo oder in Biarritz, Trouville, Ostende oder wo sich die Herren sonst noch im Ausland von der Mühsal der Arbeiter erholen, aus deren Taschen zwar nicht das Geld kommt, die es aber erarbeiten mußten. Herr Schacht, der so besorgt ist um die Tasche der Nachbarn, ist der Prototyp jenes Börslaners, der sich mit der Hand in der Tasche malen ließ und dem ein boshafter Kritiker sagte, sein Bild sei nicht ähnlich, weil er darauf die Hand in der eigenen Tasche habe. Nach Herrn Schacht kommen Lebensannehmlichkeiten immer aus der Tasche der Nachbarn. Er muß es wissen, er ist Bankdirektor. Wir hätten uns sicher nicht so lange mit Herrn Schacht beschäftigt, wenn es nur darum ginge, nachzuweisen, daß er wirtschaftlich und politisch einer der üblichen Vertreter kapitalistischer Interessen ist. Aber

was Herr Schacht aussprach, ist Gemeingut aller bürgerlichen Politiker.

Der Streit geht heute im Grunde genommen nicht um die Frage, ob der Young-Plan angenommen oder abgelehnt werden soll. Die bürgerliche Sorge ist, wie man mit der Sozialdemokratie, deren Hilfe man dabei nicht entbehren kann, dem Young-Plan die parlamentarische Mehrheit verschafft, und wie man bei der Verteilung der Lasten die Arbeiter von der Mitbestimmung ausschließt. Selbst die Hugenberg sind sich darin einig, daß zwar der Young-Plan abgelehnt werden muß, daß aber die Ersparnisse des Plans, mit dessen Annahme sie sicher rechnen, die Lebensannehmlichkeiten der kleinen Schaar der oberen Zehntausend steigern muß, und daß die Lasten von den Arbeitern getragen werden müssen. So blindwütig sind die einzelnen Kapitalistengruppen in ihren Forderungen auf Entlastung, daß sogar die „Industrie- und Handelszeitung“ zur Besinnung mahnt. Wenn Parlament und Regierung (diese nach Ausschaltung der Sozialdemokraten, sobald der Young-Plan unter Dach und Fach ist) den Wünschen und Forderungen der Kapitalisten nachgeben, dann wird aus der Belastung der Lasten, die der Young-Plan trotz aller Bedenklichkeiten für Deutschland bedeutet,

eine Belastung der Arbeiter über die Lasten des Dawes-Plans hinaus.

Man verlasse sich nicht darauf, daß gerade dies Uebermaß kapitalistischer Unverschämtheit die Pläne der Kapitalisten zum Scheitern verurteilt. Unsere wirtschaftlichen und politischen Feinde sind in erster Linie Kapitalisten,

und wie Deutschland und die Republik dabei fährt, das spielt in ihrer Kalkulation keine Rolle. Gegen die Mitwirkung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie entblößen sich die Patentdeutschen nicht, an das Ausland zu appellieren, da die Sozialdemokratie einer kapitalistischen Regelung der Reparation widerstrebe. Wir wissen, daß starke kapitalistische Kreise lieber 500 Millionen Dawes-Verpflichtung mehr „auf sich nehmen“ ohne Sozialdemokraten, als 500 Millionen Young-Verpflichtung weniger mit Sozialdemokraten in der Regierung und entsprechendem Arbeitereinfluß. Wir wissen, daß „Wirtschaftsführer“ und Wissenschaftler französische Generale anstellen, in Deutschland den Nachstundentag zu verbieten. Nach Gilberts letztem Bericht machten ihn deutsche Zeitungen auf Deutschlands Sozialleistungen aufmerksam, die doch so gut zur Deckung der Reparationspflicht verwendet werden könnten. Der Kapitalist hat kein Gewissen und kein Vaterland.

Gibt einem Kapitalisten einen ihm genügenden Gewinn und er sprengt euch sein Vaterland in die Sterne.

Herr Schacht soll es sogar fertig bekommen haben, dem Gegner in einem geheimen Schreiben, das die deutsche Regierung bindet, zu versprechen, den Einfluß des Reiches auf die Deutsche Reichsbahn ganz zu beseitigen, da die öffentliche Hand die Wirtschaftlichkeit unmöglich macht. In seinem Vortrag hat er ähnliches behauptet. Woher nehmen die Vertreter des Privatkapitals eigentlich den Mut, die Privatwirtschaft über den grünen Klee zu loben, wo sie doch durch ihre eigenen Klagen über mangelnde Rentabilität der Wirtschaft ihr Unvermögen aller Welt demonstrieren. Die „öffentliche Hand“ wirtschaftete vor 1914 jährlich einen Milliarden Gewinn aus der Eisenbahn heraus. Herr Doppe Müller, von allem Zwang befreit, würde es bald zu einem Milliardendefizit gebracht haben — er ist auf dem besten Weg dazu. Die völlige Privatisierung der Reichsbahn wäre eine Katastrophe, doch macht das gewisse Wirtschaftsführern nichts aus. Böglar hätte beim Zurückgehen auf den Dawes-Plan gern die Krise (die Thyssen braucht), „durchgeschoben“ in der stillen Voraussetzung, daß die Arbeiter den Schaden bezahlen. Es hätte gar nicht Gotheins gesammelter Zeitungstitel — denn weiter ist seine Broschüre „Der große Irrtum der deutschen Lohnpolitik“ nichts — beburt, um den deutschen Arbeitern zu sagen, wie der Hase läuft. Wir haben zum hunderttausendsten Male gehört und gelesen, daß es der deutschen Wirtschaft deshalb so „schwer“ geht, weil die Löhne zu hoch sind und die Soziallasten noch höher, und daß wir „Kapital bilden“ müssen und sei es über Millionen Leuten verhungertem deutscher Arbeiter hinweg. Es ist diese Barbarei die Grundauffassung aller bürgerlichen Parteileute und aller sogenannten Wirtschaftsführer; es ist die Heilmethode aller wirtschaftlichen und politischen Kurpfuscher. Die Herrschaften sollten Atem und Tinte sparen.

Wir glauben ihnen nicht, weil wir den Selbstmord ablehnen.

Was der Arbeiter an Lohn oder Sozialleistung bekommt, fließt in die Wirtschaft zurück, was die Unternehmer behalten, wird zum großen Teil für unwirtschaftlichen Firlefanz ausgegeben. Im Interesse der Wirtschaft liegt es, die Löhne zu erhöhen. Und

im Interesse der Arbeiter liegt es, die Gemein-
schaften so stark zu machen, daß sie im wohlver-
standenen Interesse der Gesamtheit eine solche
Wirtschaftspolitik erzwingen können.

geworben, neue Mitglieder der Organisation zugeführt, und so war es möglich, mit vereinten Kräften das große Werk, den großen Deutschen Verkehrsband auf die heutige Höhe zu bringen. Wenn wir in Schleifen besonders gute Fortschritte und ein gutes Organisationsverhältnis zu verzeichnen haben, so verdanken wir diese Entwicklung in allererster Linie unserem ehemaligen, unvergesslichen Gauleiter und dem späteren Oberpräsidenten Hermann Zimmer, der das Fundament zu dieser großen Bewegung gelegt hatte, der der Gründer und Pionier unserer Organisation in Schleifen gewesen ist. Leider hat uns der Tod unseren lieben, braven Freund Zimmer zu früh entzogen, er weilt nicht mehr unter uns, aber sein Geist und sein unsterbliches Werk bleiben in Ehren weiter bestehen.

Möge in seinem Sinne die junge Generation weiter wirken zum Wohle der Kollegen und ihrer Familien, zum Wohle des gesamten Proletariats.

Der weitere Verlauf der Feier war umrahmt von musikalischen Darbietungen, und beim Tanzbeiwinken, „Kaffee mit Straußlutsch“ und „Schlächters Kurn“ ging das frohe Fest dem Ende entgegen. Mancher wird sich der frohen Stunden erinnern und wird sagen: „Neel, es war a schöner Tag.“

Statt Wirtschaftsreformen höhere Lebensmittelpreise.

Die „Landwirtschaft“ hat unter Führung des Großgrundbesitzes nach jahrelangem Wühlen ihr Ziel erreicht. Die Zölle werden erhöht. Es sind äußerst folgenschwere Entschlüsse im Reichstag zustande gekommen. Der Kartoffelzoll für Herbstkartoffeln wird verdreifacht. Der für Sommerkartoffeln geltende Zollsatz von 4 M. wird nicht verändert. Der Butterzoll wird verdoppelt. Die Zölle für Molkereierzeugnisse sollen nach einer angemessenen Entlastung dem Butterzoll angepasst werden. Butter und Käse sind dann nur noch Nahrungsmittel für Reiche. Den Zollsatz für Rindvieh wollen die Vertreter der Agrarier von 18 M. je Doppelzentner auf 38,50 M., den für Schafe von 18 M. auf 35 M., den für Schweine sogar von 18 M. auf 56 M. heraufsetzen. Frisches und getrocknetes Fleisch soll statt 45 M. 70 M., zubereitetes Fleisch statt 60 M. 120 M., fetteres statt 120 M. 240 M. Einfuhrzoll kosten. Die Einfuhr wird ferner durch strenge veterinärpolizeiliche Vorschriften erschwert. Also auch das Fleisch wird bedeutend teurer und damit gleichzeitig seltener für den Tisch des Arbeiters werden. Die Einfuhr von Schlachtvieh und Fleisch war im letzten Jahre ziemlich bedeutend, obgleich der Verbrauch die Vorkriegshöhe noch nicht wieder erreicht hat. Am verhängnisvollsten wird die Verteuerung des Brotgetreides wirken. Der deutsch-schweidische Handelsvertrag, der bestimmend für die sogenannten Weizenkontingentsländer ist, wurde von uns gekündigt. Der Zoll für Roggen und Hafer soll von 5 M. auf 7 M., der für Weizen auf 7,50 M. heraufgesetzt werden. Für Weizen soll künftig statt 12,50 M. 14,50 M. Einfuhrzoll erhoben werden. Diese Erhöhung konnte logisch durchgeführt werden. Der ausländische Weizen soll bei der Vermahlung mit einem Drittel inländischen Weizens vermischt werden. Die Verteuerung des Auslandsmehls wird dadurch auf das Inlandsmehl ausgedehnt. Wir werden das allerwertigste Nahrungsmittel in Deutschland künftig maßlos verteuern um die Hälfte teurer bezahnen müssen als der Weltmarktpreis beträgt, wenn die Mühlenkonzerne dem Volk nicht noch einen Sonderzoll für die eigenen Profitinteressen aufbürden. Die „Frankfurter Zeitung“ beurteilt besonders den Vermahlungsatzung sehr schwarz. Dadurch würden alle Mehlsorten weit mehr verteuert werden, als es nach der Steigerung der Getreidezölle nötig wäre. Durch diese Bestimmung würde die Bildung von Kartellpreisen sehr erleichtert. Schließlich sollen dann noch die Zuckerpreise erhöht werden. Da die verschiedenen Handelskontingenzen ja ihren Verdienst nach Prozenten berechnen, treffen sie immer den Zoll mit, und so bekommen die Endpreise schließlich ein noch viel schlimmeres Aussehen als nach der Zollserhöhung nötig ist.

Die Lebensmittelpreise sind bestimmend für die übrige Preisbildung. Neue Lohnkämpfe sind unvermeidlich. Da eine Reinigung der Wirtschaft von den nicht mehr zeitgemäßen Leistungsschwachen Betrieben durch Kartells und andere Einflüsse bisher verhindert worden ist, ist damit zu rechnen, daß auch in Zukunft zuerst darauf hingearbeitet wird, unseren stark veralteten Wirtschaftapparat im ganzen so zu erhalten, wie er ist. Im Innern Kartells und Monopollösungen, von außen Zollschutz, dann braucht Unternehmertum und Handel sich nicht so sehr um Fortschritt und Entwicklung, um zeitgemäße Leistungssteigerung zu bemühen. Die Preise werden im ganzen einer Wirtschaftsweise angepasst, die längst überwunden sein müßte. Das ist der vielgerühmte Wirtschaftsindividualismus! Wie die weit überwiegende Mehrheit des Volkes dabei fährt, ist Nebenache. Die Besitzer der Wirtschaftsmittel bestimmen einfach, daß die Wirtschaftseinrichtungen das Geschäftsmenschen den bestmöglichen müssen. Nach außen, in Wort und Tat, werden aber unablässig große Töne über Gemeinnutz, Dienst am Verbraucher, Staatsnotwendigkeit und Gott weis was noch angeschlagen. Die Lebensnotwendigkeit des Volkes und Staates haben in Wirklichkeit aber mit dem Profitstreben der Unternehmer und Händler äußerst wenig gemein.

Wenn Industrie, Gewerbe und Handel zeitgemäß organisiert würden, könnte die Landwirtschaft ohne Zölle für die wichtigsten Lebensmittel des Volkes auskommen, jedenfalls ohne so hohe Steuern, wie sie schon bestehen, von den künftigen ganz zu schweigen. Wenn die Wirtschaftszersplitterung nicht so ungewöhnlich geordnet wäre, hätten wir ganz andere Preisverhältnisse, denn wir könnten mit dem gleichen Aufwand an Kraft und Stoff ganz bedeutend mehr leisten, als wir leisten. Die Hauptursache der Verteuerung ist in der Überalterung unseres Wirtschaftssapparates zu suchen. Wir Franken an Wirtschaftsanarchie, wie es vor einiger Zeit sogar ein Vertreter

der Wirtschaft selbst, allerdings ein Techniker, nannte. Rathenau hat ja schon während des Krieges klar und deutlich die ungeheure großen Wirtschaftsverluste gezeigt, die die heutige schwere Zeit unmöglich als Belegmilde mitschleppen kann. Die hohen Lebensmittelpreise werden unsere Lage in ganzen bestimmten nicht bessern. Der Großgrundbesitz wird sich gelüden machen, wodurch aber nur die Ertragsleistung von Bauernland erschwert wird. Für den wirklich den Acker bestellenden Landwirt wird die Lage kaum wesentlich anders werden. Für seine Butter und sein Fleisch bekommt er zwar mehr, wenn auch Molkereien, Händler und Schlächter den Löwenanteil des den Bedürftigen abgepreßten Geldes einstecken werden. Korn hat der Bauer nur in unbedeutenden Mengen abzugeben; sehr viele kaufen sogar Mehl für den Wirtschaftszweck und Hausgebrauch zu. Aber das schlimmste ist, daß das eigentliche Uebel, unter dem der Landwirt leidet, die Überbeuerung der nichtlandwirtschaftlichen Waren, nicht nur fortbesteht, sondern sogar noch wesentlich größer werden muß. Das Verhältnis der Preise der nicht landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den Preisen der Waren, die der Bauer zu verkaufen hat, kann nur durch Leistungssteigerung der Landwirtschaft geändert werden. Der Landwirt muß rationaler wirtschaften wie jedes andere Gewerbe.

Seit der Währungssteigerung soll die Landwirtschaft an zehn Milliarden Mark Schuld gemacht haben. Es wird leider nicht gelagt, welche Betriebsart hauptsächlich so schnell und neuem in Schulden geraten ist. Es wird, genau wie vor dem Kriege, der Großgrundbesitz sein, der damals zu 65 Prozent seines Wertes verschuldet war. Die Schulden sind ohne Bezahlung aus den Grundbüchern entfernt. Es hat nichts genutzt. Lage es nun nicht nahe, festzustellen, welche landwirtschaftliche Betriebsart am leistungsfähigsten ist? Diese müßte dann gefördert werden. Der zu kleine Betrieb ist es nicht, aber der feudalistische Großbetrieb ist es noch weniger. Wie die Praxis zweifellos beweist, ist der sachmännlich gut geleitete Betrieb von wirtschaftsrechtlicher richtiger Betriebsgröße durchaus imstande, sich zu behaupten, auch dann, wenn es sich nicht um Spezialbetriebe handelt, die vielleicht günstig liegen oder sonst Vorteile ausnützen können, die andere nicht haben. Es fehlt aber in der Landwirtschaft der heute unbedingt notwendige Fortschritt und Rationalisierungswille. Professor Dr. Bonn nennt unsere heutige Art zu wirtschaften, die Herrschaft der Unfähigen“. Der Landwirt sollte vor allem seinen Absatz genossenschaftlich organisieren, er sollte versuchen, an die Verbrauchergenossenschaften zu verkaufen. Ohne weitgehende genossenschaftliche Selbsthilfe, besonders auch im Warenverkehr, würden auch die Landwirtschaften unserer Nachbarländer Holland und Danemark nicht zur Blüte gekommen sein.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Nochmals der wilde Hafenarbeiterstreik in Hamburg.
Wir konnten vor einiger Zeit (vgl. Verkehrsband Nr. 26) die Zuspätkommen eines Arbeiters zum Abbruch bringen, aus der Fernorgung, daß auch heute noch die Auswirkungen des wilden Hafenarbeiterstreiks unter den betroffenen Hafenarbeitern fühlbar sind. Dieser Zuspätkommen verließ die Tatsache eine besondere Note, daß sie von einem sogenannten Sympathisierenden stammte, der ungewöhnlich zum Ausdruck brachte, daß die Behandlung der Sympathisierenden durch die KPD, jeder Beschreibung spottet. Selbstverständlich hat die Veröffentlichung dieser Zuspätkommen die kommunistische Volkszeitung nicht zur Ruhe kommen lassen. Mit einer Fülle von Lügen, aus denen nur allzu sehr die Verlegenheit spricht, glaube sie die angeführten Tatsachen widerlegen zu können. Ein sinnloses und zweckloses Beginnen. Die Tatsachen, wie sie jener Arbeiter einfach und knapp vorträgt, sind unwiderlegbar. Es nützt auch nichts, daß die Volkszeitung versucht, die Distinktionsgrundlage zu verschieben. Die Sympathisierenden werden, wie es jener Arbeiter ausdrückte, zum letzten Male für die KPD, die Kaffianen aus dem Feuer geholt haben. Die Verlogenheit der Volkszeitung wird durch eine zweite Zuspätkommen des Sympathisierenden ins rechte Licht gerückt, die folgendermaßen lautet:

Ich muß nochmals auf den Artikel der Volkszeitung eingehen, denn anscheinend ist dem Arbeiterkorrespondenten der Sachverhalt nicht recht klar. Von den Gemäßigten wurden 7 Speicherarbeiter bis zum 1. Februar bei der „Deruta“ beschäftigt. Dann wurden 6 Mann entlassen, einer, der Mitglied der KPD war, konnte bleiben. Der Hafenbetriebsleiter forderte aber die Entlassung aller 7 Arbeiter, und nicht nur der 6, wie der Arbeiterkorrespondent schreibt. Auf Drängen des Hafensbetriebsvereins wurde dann auch der KPD-Mann entlassen, aber lediglich, um ihn nach 2 Tagen fest einzustellen. Ist das etwa keine Gemäßigtheitswirtschaft? Ist es nicht auch gelungen, die Gemäßigtesten KPD-Beute unterzubringen, während man die Sympathisierenden der Wohlfaht überließ. Seit 15 Wochen läßt man die Entlassenen auf Beschäftigung warten, die man ihnen versprochen hatte. Aber nichts geschieht. „Wart willst du denn eigentlich, ich lüchle so gar nicht in der Partei“ wurde ihnen gesagt. Die KPD verlangt von den Gemäßigtesten, daß sie auch die Unorganisierten unterstützen; sie selbst denkt aber nicht im entferntesten daran, denjenigen ihre Unterstützung zu leisten, die es ihrer Willen gemäß regelt wurden. Es ist dies ein Beweis dafür, daß die Streikenden im Oktober 1928 der KPD, nur Mittel zum Zweck waren.

Handelsarbeiter.

Gebr. Alsborg u. C. in Köln. Die im Vorjahr zu Ende geführten Erweiterungsbauten haben eine Steigerung der Umsätze und des Warenbruttogewinns von 3,22 Mill. RM. auf 3,83 Mill. RM. ermöglicht. Es verbleibt nach erhöhten Abschreibungen von 37.000 Reichsmark (170.000) ein Gewinn von 240.000 RM. gegenüber 243.000 Reichsmark i. V., woraus wieder 5 Prozent Dividende auf 4 Mill. RM. Kapital verteilt werden sollten. Das neue Geschäftsjahr hat infolge der scharfen Krisisperiode und der schlechten Wirtschaftslage bisher keine Erhöhung der Umsätze gebracht.

Transportarbeiter.

Tierquälerei.

Wir lesen im Hamburger Echo: Nach Aussehen, Auftreten, Benehmen und überlautem Organ zu urteilen, kommt man es dem Kutscher K. schon ansehen und anhören, daß er nicht zu den zartbehaarten Menschen gehört. Wenn man dann ferner hört, daß er wegen Mißhandlung von Menschen sehr wesentlich vorbestraft ist, kann man ihm auch zutrauen, daß er, wie eine Anzahl Zeugen behaupteten, seine Pferde erbarmungslos mißhandelt hatte, daß sie ausschrien. Während zwei Frauen gesehen haben, daß er die Pferde bei der Peitsche eine halbe Stunde lang über den Kopf schlug, daß alle Einwohner des Hauses in Aufregung gerieten, während der herbeigeholte Polizeibeamte noch die Striemen am Körper der Pferde feststellen konnte, behaupteten Kollegen, daß der wegen Tierquälerei Angeklagte nur mit der Peitsche getunnelt habe. Ein Kollege behauptete sogar, daß der Angeklagte mehr von seinen Pferden als von seiner Frau halte. Man sah es der Frau, die sich im Fußbierraum aufhielt, an. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für einen gewalttätigen Menschen, der wegen Robeitelike schon auf viele Vorstrafen zurückblicken könne und beantragte 3 Wochen Haft. Das Gericht begnügte sich mit 2 Wochen Haft. In äußerst roher Weise habe er die Tiere, die einen schwerbeladenen Wagen nicht fortbewegen konnten, mißhandelt, daß sie sich krümmten und laut ausschrien. Bisher sei der Angeklagte wegen Körperverletzung, begangen an Menschen, nur durch Geldstrafen verurteilt. Für diese rohe Tierquälerei müsse eine Freiheitsstrafe einreten. Der Angeklagte versprach, gegen dieses Urteil Revision einlegen zu wollen, denn die Frauen, die ihn angezeigt hätten, verstanden wohl etwas vom Strümpfstopfen, aber nicht, wie man Pferde behandeln müsse.

Dazu folgendes Gegenstück aus Berlin, wo ein „Fuhrherr“ wegen Tierquälerei vor Gericht stand. Es wird uns darüber geschrieben:

In diesem Fall genügen — auch wenn der Staatsanwalt 3 Wochen Haft beantragt — Lage und Schreie: 50 Mark Geldstrafe. Dafür handelt es sich ja auch um einen Fuhrherrn, nicht um einen Kutscher. Der wird in derartigen Fällen härter angefaßt.

Die Prämie für Tierquälerei wurde durch das Amtsgericht Charlottenburg gegen den wegen Tierquälerei bereits vorbestraften Fuhrherrn Otto Mendorf aus Charlottenburg verhängt, der gegen einen polizeilichen Strafbefehl über 150 M. richterliche Entscheidung beantragt hatte. Seine Pferde waren, wie ein Duzend Zeugen unter Eid aus sagte, schlecht genährt und gepflegt und muhten mit offenen Wunden arbeiten, obwohl die Geschirre auf diesen offenen Wunden schuerten, so daß die Kutscher die Tierquälerei nicht mit ansehen konnten und sich weigerten, mit den gespannten zu fahren. (Bravo, Kollegen!) Der Staatsanwalt fand das Strafmaß von 150 M. viel zu niedrig und beantragte mit Rücksicht auf das Empfinden der Allgemeinheit, die für betrieblige Tierquälereien strenge Bestrafung fordere, drei Wochen Haft.

Das Gericht ließ die eingangs erwähnte Milde walten, die aber wegen ihrer Unangebrachtheit nirgendwo verstanden werden wird. Wenn man das Hamburger Urteil dagegen hält, muß man sagen, daß die Gerichte mit zweiterlei Maß messen.

Für unsere Frauen

Das Kind ist kein Spielzeug.

Nicht alle Menschen sind gerührt und entzückt, wenn sie ein kleines Kind sehen. Das Kind, das wir alle in irgend einer Ecke des Herzens unser ganzes Leben lang finden, sieht sich mit den ansguldigen dahinklebenden Kindern verwandt und drängt uns zu dem großen Maß von Zärtlichkeit, das wir den kleinen Wesen angedeihen lassen.

Welche Qual aber für das Kind ist es sich bilden zu lassen, da wird es von den riefenhaften Menschen mit Geschmäw und mit Lachen, mit Liebflohen und oft mit Klüßen überschüttet. Wir denken uns gar nichts dabei, geben unserem Impuls nach und meinen, weil uns das Freude macht, müßte es dem Kinde auch Freude machen. Ja, uns ist es sogar, als lämen wir uns unseren Mitmenschen gegenüber hart und herlos vor, wenn wir ein kleines Kind nicht zärtlich behandeln. Dieselben Menschen, die so spielerisch und zärtlich mit kleinen Kindern sind, gehen taglich mit der größten Kühle und Gleichgültigkeit an den Leiden und Schmerzen ihrer Mitmenschen vorüber, aber ein kleines Kind können sie nicht weinen lassen. Ihr Herz fliebt vor Mitleid mit ihm über, weil es so hilflos ist.

Der natürlichen und körperlichen Hilflosigkeit ist leicht durch sachliche Pflege abgeholfen, doch nur das Kind ist in seiner Hilflosigkeit zu bedauern, das immer wieder

Zur Unterhaltung und Belehrung

Ludwig Feuerbach

zu seinem 125. Geburtstag am 28. Juli 1902.

Die Art, wie ein Volk das Andenken seiner großen Männer feiert und mehr noch, welche es als solche einmütig anerkennt, wirft zugleich ein helles Licht auf seinen eigenen Kulturzustand. Selten hat das Charakterbild eines Philosophen in der philosophiegeschichtlichen Tradition eine gewaltigere und ungerechtere Verzeichnung erfahren, als das von Ludwig Feuerbach. Für jene Verkennung gilt Lessings zürnenbes Epigramm:

Wer wird nicht einen Klopftod loben!
Doch wird ihn jeder lesen? Nein!
Wir wollen weniger erhaben
Und lieber mehr gelesen sein!

Wer wird nicht einen Feuerbach loben? Zwischen dem als kalt und streng verschrienen Kant und dem als dunkel und Wirklichkeitsfremd verklärten Hegel strahlt seine Philosophie als eine von der Wärme einer sittlichen Überzeugung durchflutete und in der Ausbildung eines tätigen Charakters dem vollen Leben zugewandete Lehre. Erleichtert wurde freilich die Verkennung Feuerbachs durch das eigentümliche Schicksal, dem die deutsche klassische Philosophie überhaupt unterworfen war. Hatte sie doch das Mißgeschick, nach einer kurzen Zeit der allgemeinen begeisterten Teilnahme in eine schmählige Vergessenheit zu verfallen, die nur hier und da abgeduldet wurde durch ein totales Mißverständnis ihres Standpunktes, wodurch aus ihr jene Lehre des Individualismus gemacht wurde, nach welcher man sie öfter als die eigentliche Philosophie des Bürgertums angesprochen hatte. Es gibt nichts falscheres als diese Auffassung. Das oft zitierte Wort, daß die Deutschen ihre große Revolution nicht wie die Franzosen auf den Schlachtfeldern der Geschichte, sondern im Reiche des Geistes gemacht hätten, ist eine Wahrheit, die aber so zu verstehen ist, daß diese Revolution bereits auch den Standpunkt des Bürgertums geistig überwunden habe, obgleich er politisch noch lange nicht durchgekehrt werden sollte. Dies gilt vor allem von dem Verhältnis der Philosophie zur Theologie, zwischen denen Feindschaft besteht, seitdem das Denken angefangen, seine ersten selbständigen Schritte in die Welt zu tun und Erfahrung gegenüber der Offenbarung wertzuschätzen. „Die Wissenschaft befreit den Geist, erweitert Sinn und Herz, die Theologie beengt und beschränkt sie.“ Feuerbach betrachtete es als sein Lebenswerk, die Begriffe „Erfahrung“ und „Offenbarung“ zu klären.

Als Sohn des berühmten Strafrechtslehrers Anselm Feuerbach wurde Ludwig Feuerbach am 28. Juli 1804 in Landshut in Bayern geboren. Aus innerem Drange, nicht äußeren Einflüssen folgend, fühlte er sich zum Theologen bestimmt und bezog zu Otmern 1823 als Student der Theologie die Universität Heidelberg. Sein Studium in Berlin forsetzend, wandte er sich mehr und mehr der Philosophie zu, beeinflusst von den Vorlesungen des Philosophen Hegel. Unter seinem Einfluß beschäftigte er sich immer mehr mit den Problemen philosophischer Kritik. So vollzog sich bald seine völlige Abkehr von der Theologie: „Die Theologie kann ich nicht mehr studieren“, schreibt er an seinen Vater. „... Ich habe in ihr gelebt. Aber jetzt schreie ich mich nicht mehr, sie gibt mir nicht, was ich fordere, was ich brauche, nicht mein tägliches Brot, nicht die notwendigen Vitalien meines Geistes. Sollte ich bei der Theologie mein Verbleiben haben, so würde ich aus einem Freyen ein Sklave wider Überzeugung und Einsicht...“ Das ist die entscheidende Wendung in dem Leben dieses Denkers gewesen; sie machte aus dem gläubenswarmen Jüngling, weil ihm gerade der Glaube stets eine Wahrheit gewesen, nun, da sein Geist sich den Problemen der Philosophie zugewendet sah, einen kritisch prüfenden Mann.

Schon seine Doktorarbeit zeigt die Richtung auf die selbständige Eigenart seines Denkens vernehmlich an. Nach Erlangung der Doktorwürde an der Universität Erlangen im Jahre 1828 bleibt er dort als Dozent, sieht jedoch die angestrebte akademische Laufbahn plötzlich abgebrochen. Seine Erfindungsschrift, nämlich „Gedanken über Tod und Unsterblichkeit“, hatte seine von der christlichen Auffassung abweichende Stellung zum Problem der Existenz einer unsterblichen Seele, trotz der oft mystischen Form ihres Ausdrucks, deutlich erkennen lassen. Da seine Anonymität nicht gewahrt blieb, hatte dies für ihn zur Folge, daß ihm der Zutritt zu einer Professur an einer deutschen Universität verfallen blieb. So erfuhr nun Feuerbach die von ihm oft genug geäußerte Unzulänglichkeit der Theologie an eigenen Leib; durch sie wird er hinausgeworfen in jene unklare Existenz des vom Ertrag seiner Feder lebenden Privatgelehrten, welche für ihn nicht zuletzt seine Isolierung gegenüber dem Geistesleben seiner Zeit bewirkte, sondern ihn auch in bittere Not in den Tagen des Alters versetzte.

Dieser Jugendstift folgten eine Reihe größerer Abhandlungen, zumeist zur Geschichte der Philosophie. So vorbereitend erschien im Jahre 1841 jenes Werk, das den Namen seines Verfassers durch ganz Deutschland trug und einen Sturm der Begeisterung wie der Erbitterung erregte: „Das Wesen des Christentums.“ Man begegnet häufig der Auffassung, daß dieses Werk Feuerbachs Hauptwerk sei. Dies geschieht nicht zu Recht. Feuerbach hat kein Hauptwerk gelebt; bei der steten Entwicklung seines Denkens kann der große Gedankenreichtum dieses Philosophen nur aus der Gesamtheit seiner geistigen Produktion wirklich zu seiner eigenartigen und wesentlichen Bedeutung erfasst werden. Bezeichnend dafür ist, daß er der im „Wesen des Christentums“ neu auftretenden

den Wahrheit eine Serie kleinerer Schriften zur Erläuterung folgen läßt. Insbesondere wird der zunächst auf religionsphilosophischer Basis gewonnene Standpunkt nun nach der allgemein-philosophischen und der erkenntnistheoretischen Seite in den inhaltlich schwereren, vorläufigen Teseen zur Reform der Philosophie (1842) und „Grundsätze einer Philosophie der Zukunft“ (1843) ausgearbeitet und die am Christentum begonnene Religionskritik in der 1845 erschienenen Abhandlung „Das Wesen der Religion“ vervollständigt.

Das Jahr 1848 findet den Denker zwar nicht als mitthandelnde Person, doch aber als warmintereffierten „Beobachter und Kritiker“. Er war nach Frankfurt geeilt, an den Sitz des Reichsparlaments, wo so viele Jugendhoffnungen des deutschen Volkes ein Ende in Kraftlosigkeit und Lächerlichkeit nehmen sollten, um dort zur Stelle zu sein, wenn eine Gelegenheit zum tätigen Eingreifen sich bieten sollte. Er war überzeugt, daß es nicht eher zu einem Erfolge käme, „als bis an die Stelle der alten Bürokraten, der alten Minister und Beamten überhaupt neue, entschiedene demokratisch oder republikanisch gestimmte, aus dem Volke selbst entsprungene Männer treten“. Aber er hielt die Zeit dafür noch nicht gekommen: „denn die Gegenwart ist eine Zeit des Überganges, folglich der Unentschiedenheit, der Taktlosigkeit, des Hin- und Herschwankens zwischen dem Alten und dem Neuen.“ Eine solche Zeit konnte die Entscheidung nicht bringen, wenn es auch für Feuerbach zweifellos blieb, „daß der demokratische Geist, d. h. der Geist, welcher die Staatsangelegenheiten nicht zur Sache einer besonderen bevorrechtigten Klasse oder Klasse von Menschen, sondern zur Sache aller, zur Volkssache machen will“, liegen werde.

Trotz seiner Zurückgezogenheit hat aber Feuerbach in seiner Art mächtig in das wild bewegte Treiben der erwachenden Geister eingegriffen.

Auf dringende Einladung der akademischen Kreise hielt er im Winter 1848/49, also in der Zeit der niedergeworrenen Revolution, wo Erhebung doppelt not tat, in Heidelberg Vorlesungen, zu deren Publikum auch die Arbeiter ihr Kontingent stellten. In einer besonderen Adresse sprach ihm der Arbeiterbildungsverein in Heidelberg den Dank dafür aus, daß er die Arbeiter, die bis dahin verdammt gewesen seien, von aller Bildung und Erziehung ausgeschlossen zu sein, bei seinen Vorlesungen zugelassen habe. „Wir sind keine Gelehrten und wissen daher den wissenschaftlichen Wert Ihrer Vorlesungen nicht zu würdigen“, heißt es dort naiv und doch selbstbewußt zugleich; „zu viel aber fühlen und erkennen wir, daß der Trug der Pfaffen und des Glaubens, gegen den Sie ankämpfen, die letzte Grundlage des jetzigen Systems der Unterdrückung und der Nichtswürdigkeit ist, unter welchem wir leiden; und daß Ihre Lehre daher, die an die Stelle des Glaubens die Liebe, an die Stelle der Religion die Bildung, an die Stelle der Pfaffen die Lehrer setzt, einzig die sichere Grundlage derjenigen Zukunft sein kann, die wir anstreben.“

Durch äußere Teilnahmelosigkeit ganz auf sich allein angewiesen, versenkte er sich nun völlig in seine Arbeiten, um in einem großen historischen Werke der „Theogonie“ an der Hand eines umfassenden geschichtlichen Materials die Ergebnisse seiner Religionskritik neuerlich zu prüfen. Dieses Werk erschien 1857. Die letzten Jahre seines Lebens gestalteten sich durch rasche Verschlechterung seiner Vermögensverhältnisse sehr drückend für ihn. In diesen Jahren sieht er sich durch äußerliche Not um den besten Teil seines Wirkens gebracht. Es ist tieftraurig, erschütternd und aufpeitschend zugleich, was er an seinen Freund Friedrich Kapp schreibt: „Mediate Themas habe ich nicht schon gänzlich aufgegeben, wiewohl nur beschränkt lösen können, weil es mir an den nötigen Wählern fehlte oder ich sie mir erst verschaffen konnte, nachdem das Feuer der Lust zur Arbeit verbraucht war.“ Oder was in seinen Aufzeichnungen zu lesen ist: „Meint man gar, ich hätte über vieles nicht geschrieben, worüber ich hätte schreiben sollen? Aber ich habe auch sehr vieles nicht gehabt, was ich hätte haben sollen, um zu schreiben, was ich hätte schreiben sollen.“ Ein unsagbarer Trost war ihm in den letzten Jahren die Freundschaft mit dem bekannten Bauernphilosophen Konrad Däumler. Von einer Krankheit niedergeworfen, endete sein Dasein am 13. September 1872. — Sein Leben war ein steter Kampf — seine Ideen haben gesiegt — Denkerschicksal!

Hans Maria Ehringshausen.

Vorsicht mit elektrischen Anlagen.

Es dürfte wenig bekannt sein, daß die gewöhnliche Spannung von 220 Volt, die die meisten elektrischen Lichtanlagen aufweisen, unter Umständen den Tod herbeiführen kann, nämlich, wenn die Stromschleifen das Herz, das Gehirn oder den oberen Teil des Rückenmarks treffen. Es ist dabei durchaus nicht nötig, daß man beide Pole einer Leitung berührt, es genügt häufig die an sich vorhandene Leitung durch die Erde und der zufällige oder unglückliche Umstand, daß insolge nicht sorgfältiger oder schadhaftig gewordener Isolierung aus Metallteile wie Lampen, Bügelisen, Staublauger usw. leitend geworden sein können.

Prof. Sellinek in Wien hat sich dadurch Dank erworben, daß er Verletzungen durch sogenanntes Schwachstrom seit Jahren beobachtet hat.

Ein Rundfunkhörer wurde verletzt, als er, die Hörer am Kopfe, mit der Hand nach der elektrischen Lampe griff; ein anderer, der, auf feuchig gewordenem Fußboden stehend,

den herabgefallenen Antennendraht aufheben wollte, der insolge der feuchten Erde in leitende Verbindung mit einer Kraftleitung gekommen war. Ein Badender erhielt einen tödlichen elektrischen Schlag, als er den Hahn der Wasserleitung berührte, weil insolge schadhaft gewordener Kabelisolierung im Keller der Strom auf die Wasserleitung übergegangen war und durch die Badewanne wieder zum Erdboden abgeleitet wurde, so daß der Stromkreis geschlossen war. Auch das elektrische Plättchen hat schon seine Opfer gefordert. So wurde unlängst eine Frau getötet, die mit einem elektrischen Plättchen hantierte, dessen Isolierung an einer Stelle schadhaft geworden war.

Man sage nicht, daß nur ein besonders unglücklicher Zufall in derartigen Fällen den Tod herbeiführen könne, im übrigen aber eine kleine harmlose Brandwunde nicht gefährlich sei. Oft schon nach ganz kurzer Zeit zerfällt das gelateme vom Strom in Mitleidenschaft gezogene Körpergebiet einschließlich der Knochen und Blutgefäße, auch dort, wo es anscheinend gar nicht beschädigt war. Im weiteren Verlauf der Erkrankung können auch tödliche Blutungen eintreten. Auf jeden Fall erfordert die Heilung längere Zeit.

Wie kann man sich nun gegen derartige üble Zufälle schützen? Man lasse vor allem seine elektrischen Anlagen nicht durch billige Amateure sondern durch erprobte Fachleute legen. Ferner sollte man seine elektrischen Gerätschaften öfter auf ihre Betriebssicherheit prüfen lassen, besonders wenn man bei der Benutzung ein sogenanntes „Elektrifiziertwerden“ zu bemerken glaubt. Hiergegen sündigen viele Hausfrauen gerade und vorwiegend bei der Benutzung ihrer elektrischen Bügelisen. Sie haben sich insolge schadhafter Isolierung schon öfter „etwas“ an der Hand verbrannt, begnügen sich aber, die unrichtige Stelle die zu unweildem, anstatt durch einen Fachmann die notwendige Reparatur oder Erneuerung vornehmen zu lassen.

Daß man auf der Straße herabhängende Drähte nicht berühren soll, wird insolge vieler üblen Erfahrungen mehr beachtet. Muß man dies zu ihrer Beseitigung tun, so nur mit isolierenden Gummi- oder Seidenhandschuhen usw. Ähnliches gilt natürlich auch bei der Rettung der noch im Stromkreis liegenden Verunglückten; auch diese darf man nicht berühren, ohne sich isoliert zu haben.

Zum Schluß soll noch bemerkt werden, daß durch den elektrischen Strom anscheinend Getötete oft noch nach Stunden durch die künstliche Atmung ins Leben zurückgerufen werden können, wenn diese längere Zeit angewendet wird. Ein amerikanischer Arzt hat auf diese Weise viele durch elektrischen Starstrom scheinbar Getötete nach ein bis zweiwöchiger künstlicher Atmung gerettet. Das gibt zu denken, wenn auch die Schlussfolgerung dieses Arztes zu weit gehen sollte, daß alle durch den elektrischen Strom Getötete zunächst nur betäubt seien, nämlich bewusstlos, und erst eine geraume Zeit später wirklich sterben.

Wissenstwertes.

I.

Wer weiß, daß die „kleinste deutsche Gemeinde“ die — Burgrüne Regenstein bei Blankenburg am Harz — mit sieben Einwohnern ist? Dies wurde durch die letzte Volkszählung festgestellt. Ueberhaupt hat sich nach dieser statistischen Erhebung die merkwürdige Tatsache ergeben, daß im ganzen deutschen Reich rund 45 000 Gemeinden, das sind über 70 Prozent aller Gemeinden, als sogenannte Aermere Gemeinden gelten müssen, da sie weniger als 500 Einwohner zählen. Von diesen Kleingemeinden haben sogar 11 893 weniger als 100 Einwohner! Von den nach der letzten Volkszählung überhaupt vorhandenen insgesamt 63 580 einzelnen Gemeinden hatten nur 3448 eine höhere Einwohnerzahl als 2000.

II.

Kann Seife explodieren? Bisher glaubte dies niemand. Diese allgemeine Ansicht wird aber revidiert werden müssen, nachdem durch das amerikanische Bergwerkssamt festgestellt worden ist, daß Seife unter Umständen so schwere Bewilligungen wie Dynamit anrichten kann. Das geschieht, wenn in der Luft Schwebe- oder Seifenstaub mit einer Flamme oder einem Funken in Berührung kommt, wobei dann noch größere Stichflammen und noch größere Hitze als bei dem gefährlichsten Kohlenstaub entwidelt werden.

III.

Japan, das Land der ausgesuchten Höflichkeit, erhebt bei Steuerentreibungen seine Zuschläge oder Strafgebühren, sondern prämiert die pünktlichen Zahler durch Steuernablässe und wertvolle Geschenke!

IV.

Zweihundert ehemalige Insassen der amerikanischen Strafankast New Jersey trafen sich kürzlich auf einem von Dr. Frank Moore gegebenen Festmahl. Dabei stellte sich heraus, daß ein früherer Sträfling seit Jahren Direktor einer großen Bank ist, ein anderer es zum Schulpräsidenten gebracht hatte und der größte Teil der übrigen angeesehenen Berufen angehörte. Demnach scheinen die meisten ihrem „Beruf“ treu geblieben zu sein. Red.